

Abonnements:

Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

„Volksstimme, Frankfurt/Main“.

Telephon-Anschluß:

Ant. Hanf 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:

Die 68. Post. Zeitungsloft 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.

Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittelsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 - Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 16

Donnerstag den 20. Januar 1916

27. Jahrgang

Die Schwierigkeiten Griechenlands.

Englische Blockadedrohungen und amerikanische Einsprüche.

Die Wirtschaftslage Italiens.

Ein Mitarbeiter schreibt uns: Durch den libyschen Krieg hat sich Italien eine neue Schuldenlast von über einer Mi-
liarde Lire aufgebaut (die Gesamtkosten dieses Abenteuers
betrugen 1,2 Milliarden Lire). Das ist aber nur ein
Ständerspiel gegenüber den gewaltigen Ausgaben, die der
jetzige Krieg verursacht hat. Schon die ersten 10 Monate der
bewaffneten Neutralität haben die Ausgaben um 2480,5 Mil-
lionen Lire erhöht. Da gleichzeitig die Einnahmen gesunken
sind, so ergab sich ein Defizit von 2835 Millionen, zu dessen
Deckung eine Milliardenanleihe aufgenommen wurde, die 923
Millionen einbrachte. Die ersten Kriegsmomente kosteten Ita-
lien durchschnittlich rund 410 Millionen, dann 500 Millionen
Lire pro Monat. In den fünf Monaten von Juli bis Novem-
ber ergab sich darum ein neues Defizit von 2763 Millionen
Lire, zu dessen Deckung eine neue Anleihe von 1146 Millionen
Lire aufgenommen wurde.

Bis Ende November ist somit die feste Staatsschuld Ita-
liens um 2,15 Milliarden erhöht worden. Außerdem ergab
sich aber eine schwebende Schuld von 5033 Millionen Lire, so
daß der Krieg schon eine gewaltige Last mit sich gebracht hat.

Sehr wichtig ist die Zusammenfassung der schwebenden
Schuld. Einen sehr großen Teil davon machen Ban-
knoten aus, nämlich 1435 Millionen. Außerdem befinden sich im
Umlauf Staatspapiere im Betrage von 644 Millionen
Lire. Zieht man in Betracht, daß der Gesamtnotenumlauf
in Italien und Sizilien vor dem Kriege nicht viel höher als
2 1/2 Milliarden betrug, so hat sich der Geldpapierumlauf allein
infolge des Krieges fast verdoppelt, während doch der Waren-
verkehr stark zusammengeschrumpft ist. Das Resultat ist, wie
überall in den kriegführenden Ländern, eine starke
Entwertung des Geldes. Die italienische Lire wird heute mit
22 bis 25 Prozent billiger bewertet als vor dem Kriege. Das
heißt mit anderen Worten: Italien muß für die aus dem
Auslande eingeführten Waren 22 bis 25 Prozent mehr zahlen,
als es bei einem guten Stande seines Geldes hätte tun müs-
sen. Natürlich verbreitet sich diese Teuerung bald auch auf
die inländischen Produkte, zumal auch im Inlande der Gold-
wert des Papiergeldes um 22 Prozent gesunken ist. Das be-
deutet, daß das Papiergeld im Verhältnis zu materiellen
Gütern jetzt um 22 Prozent niedriger bewertet wird als früher.

Eine weitere Folge dieser Sachlage ist die Verteuerung
des Kredits: das Land wird immer mehr erschöpft; die an-
gesammelten Kapitalien sind verzehrt, während die Nachfrage
danach noch immer steigt. Rechnet man doch in Italien für
die nächsten Monate mit einer durchschnittlichen Ausgabe von
600 Millionen Lire pro Monat. Infolgedessen mußte sich auch
der Staat zur Erhöhung des Zinsfußes für die kürzlich be-
schlossene dritte Anleihe von 4 1/2 auf 5 Prozent bequemen.
Seit Beginn des Krieges ist der Zinsfuß um 1 1/2 Prozent
erhöht worden. 1913 stand die 3 1/2prozentige italienische
Rente auf 98,6 Prozent; jetzt wird eine 5prozentige Rente
zu 97 1/2 Prozent angeboten. Zieht man in Betracht, daß die
Besitzer der 4 1/2prozentigen Rente, sowie die Besitzer der kurz-
fristigen Staatspapiere diese gegen die neue 5prozentige An-
leihe umtauschen dürfen, so ergibt sich eine gewaltige Erhöhung
der Zinsenlast für den Staat. Und noch in einer anderen Be-
ziehung hat sich die Lage der italienischen Volkswirtschaft ver-
schlechtert. Italien war einst stark aus Ausland verschuldet,
vermochte sich aber in der letzten Zeit davon zu befreien. Der
Krieg hat aber wiederum eine ausländische Schuld von 810
Millionen Lire gebracht, die in diesem Jahre noch steigen muß.

Nun ist vorläufig ein Ende des Krieges nicht abzusehen.
Nehmen wir an, der Krieg werde nur bis Ende des zweiten
Kriegsjahres dauern. Wie werden sich die finanziellen Ver-
hältnisse Italiens dann gestalten? Italien hat eine Reihe von
Kriegssteuerauslägen und neuen Steuern eingeführt, die
insgesamt 374 Millionen Lire ergeben sollen. Man hofft
außerdem durch Sparhaftigkeit in der Verwaltung 40 Millionen
zu erhalten. Davon verflingt die Kriegsschuld (abgesehen
von den Noten der Banken) in der Höhe von 4,5 Milliarden
Lire über 200 Millionen Lire. Die folgenden 8 Kriegsmomente
werden eine neue Staatschuld von 4 bis 4,8 Milliarden Lire
verursachen, wodurch die Zinsenlast um weitere 200 bis 241
Millionen Lire ansteigt.

Für das Jahr 1914/15 schätzte man in Italien die Ein-
nahmen aus Steuern, Zöllen und Monopolen auf 1780,8 Mil-
lionen. Davon verschlangen die Ausgaben für Heer und
Marine 748,67 Millionen, der Schuldendienst 629,5 Millionen
und die Kolonien 107,1 Millionen Lire, zusammen also 1475,3
Millionen Lire. Der Krieg wird die Staatschuld um rund
10 Milliarden und den Zinsendienst um 450 bis 500 Millionen
Lire erhöhen. Rechnet man noch einen gewissen Betrag für
die Tilgung der Schuld hinzu, so wird sich ergeben, daß der
Schuldendienst allein etwa 1,2 Milliarden Lire erfordert oder
beinahe 70 Prozent des Ertrages aus Steuern, Zöllen und

Monopolen und immer noch 55 Prozent aus den Steuer- und
so weiter Erträgen, wenn man die Einnahmen aus den Kriegs-
steuern hinzurechnet. Zusammen mit den Ausgaben für
Rüstungszwecke und Kolonien verschlingen diese fast ebenso
viel, wie der Staat aus den Steuern, Zöllen und Monopolen
erhält. Was bleibt dann noch für die übrigen Staatsbedürf-
nisse übrig?

Ueber die direkten volkswirtschaftlichen Folgen des Krie-
ges braucht man nicht viel Worte zu verlieren: außerordent-
liche Teuerung, Mangel an Kohle, erschwelter Verkehr infolge
des Mangels an Schiffsraum und der Unterseebootgefahr usw.
Wie in den übrigen kriegführenden Ländern, so machen auch
hier die Unternehmer ziemlich gute Geschäfte. Nur die Volks-
massen, vor allem das Proletariat, leiden sehr stark. (Ueber-
all, auch in Deutschland, hat der Krieg den Durchschnitts-
gewinn der Unternehmer gesenkt. Ein Teil der Unternehmer
macht glänzende Geschäfte, ein anderer hat keine Gewinne zu
buchen. Ganze Industriezweige arbeiten mit Verlust. Red.)
Sobald der Krieg in den übrigen Ländern wenigstens vorläufig
die Arbeitslosigkeit vermindert, so besitzt Italien eine so große
Reservearmee von Arbeitslosen, daß sie der Krieg doch nicht
ganz absorbieren konnte. Denn nicht nur die Auswanderung
ist verhindert, sondern noch sehr viele Arbeiter sind aus den
fremden Ländern zurückgekehrt. Infolgedessen ist hier die
Entwertung des Lohnes sehr groß.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Jan. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der West-Front steht eine kleine deutsche Abtei-
lung in den feindlichen Gräben vor und erbeutete ein Maschi-
nengewehr.

Lebhafte beiderseitige Sprengtätigkeit auf der Front
westlich von Lille bis südlich der Somme.

Nachts warfen feindliche Flieger Bomben
auf Meh. Bisher ist nur Sachschaden gemeldet. Ein feind-
liches Flugzeug stürzte gegen Morgen südwestlich
von Thiancourt ab; von den Insassen ist einer tot.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front nichts Neues.

Deutsche Flugzeuggeschwader griffen
feindliche Magazin-Orte und den Flughafen von
Tarnopol an.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 19. Jan. (W. V. Nichtamtlich.) Amtlich
wird veröffentlicht: 19. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief ruhig. Heute in den frühesten
Morgenstunden entbrannte an der Grenze östlich von Gzer-
nowitz bei Taporow und Bojan eine neue Schlacht.
Der Feind setzte abermals zahlreiche Kolonnen an und
führte an einzelnen Stellen vier Angriffe nacheinander. Er
wurde jedoch überall von den tapferen Verteidigern zurückge-
worfen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Angriffe schwächerer Abteilungen bei Lusern und nörd-
lich des Dolomiten-Brückenkopfes wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Besetzung von Birkpazar haben unsere Trup-
pen — wie nachträglich gemeldet wird — zwanzig
Stahlfanonen erbeutet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die schwierige Lage Griechenlands.

Das Reutersche Bureau meldet aus Athen: Es wird ange-
kündigt, daß das 28. griechische Infanterie-Regiment wegen
der schwierigen Versorgung von der bulgarischen Grenze zurück-
gezogen werden muß, wo nur ein Bataillon bleibt. Eine Kom-
mission von hohen Beamten des Verkehrsministeriums reist
nach Mazedonien, um die Möglichkeit der Versorgung der
griechischen Truppen mit Lebensmitteln zu untersuchen, welche
sich an Orten befinden, mit welchen die Verbindungen infolge
der Zerstörung der Eisenbahnbrücken abgeschnitten sind.

Eine über Sofia-Bukarest eingehende Meldung sagt gar:
Die griechische Regierung beschloß, ihre Truppen aus den von
den englisch-französischen Heer besetzten Gebieten vollständig
zurückzuziehen, um sie in anderen Teilen des Landes zu kon-
zentrieren.

Jedenfalls ist die Lage des griechischen Heeres kompli-
ziert und schwierig: durch die Sprengung der Eisenbahnbrücken
östlich von Salonik ist ein Teil der griechischen Streitkräfte
vom Gros des Heeres abgeschnitten. Wie ein Keil schieben sich
die Entente-Truppen zwischen das griechische Heer. Dazu läßt
die Entente in allen griechischen Häfen eine Kontrolle über die
Menge der eingeführten Lebensmittel aus. Die Menge, die
eingeführt werden darf, reicht lediglich nur für eine ein tägige
Versorgung der Bevölkerung aus.

Einem Korrespondenten des „Berliner Lokalanzeigers“
hat der König von Griechenland seine Stellungnahme darge-
legt. Er drückt sein Bedauern aus über die Verletzung der
griechischen Neutralität durch die Entente; nach seiner Mei-
nung sei übrigens das Verfahren der Entente militärisch völlig
falsch. Die Maßnahmen, die gegen Griechenland getroffen
würden, werden unerträglich. Man müsse sich in innere An-
gelegenheiten. „Ich bin vollständig frei. Mich binden keine
persönlichen Interessen und deshalb kann ich mit reinem Ge-
wissen sagen: Ich habe nur das Wohl meines Volkes vor
Augen. Wenn unser Heer und unsere Freiheit bedroht wer-
den, würden wir unseren Mann stellen. Es ist gesagt worden,
wir fürchten die Bulgaren; das ist nicht wahr. Ich lasse mich
durch keine Sympathien und Antipathien in meinen Gefühlen
leiten. Ich habe nur die Pflicht, die Interessen meines Vol-
kes mit meiner ganzen Kraft zu vertreten. Ich will den Krieg
nicht, ich will meine Armee verstärken. Unsere Neutralität ist
nicht die Folge eines Schwächegefühls, sondern die Frucht des
zielbewußten Willens, unsere Kraft für spätere ernste Zeiten
zu bewahren. (Der König drückte die Befürchtung aus, es
werde zu neuen Balkankriegen kommen.) Deshalb werde ich
an meiner Politik festhalten, die Freiheit und die Interessen
meines Volkes wahren, ohne sein Blut zu vergießen. Ich habe
hierin die volle Unterstützung des Volkes und weder Liebes-
gaben, noch Gewalttätigkeiten von außen, von welcher Seite
sie auch kommen mögen, sollen mich darin beirren.“

Ueber London wird berichtet, Venizelos bereite einen
Staatsstreik vor. Vielleicht ist der Wunsch der Vater des Ge-
dankens.

Rückzug Italiens aus Albanien?

Die Kapitulation Montenegros hat die Kriegslage auch
insofern stark zugunsten der Entente beeinflusst, weil da-
durch die Oesterreicher die Möglichkeit eines direkten Vor-
stoßes durch Nordalbanien erlangen; sie kämen so den von
Durazzo und Valona etwa ostwärts vordringenden Italienern
in die Flanke. Für diese würde die Lage um so gefährlicher,
weil ihre Versorgung, ihr ganzer Nachschub unsicher wäre,
denn die Adriatransporte werden durch die nun auf die Bucht
von Cattaro und die montenegrinischen Häfen sich stühende
österreichisch-ungarische Flotte gefährdet. Dagegen der Nach-
schub der Oesterreicher wäre absolut gesichert. Kein Wunder,
wenn Italien bedenklich wird. Bereits meldet auch die Tele-
graphen-Union aus dem Haag: „In hiesigen diplomatischen
Kreisen verlautet, daß Italien Vorbereitungen trifft, seine
Truppen aus Albanien wieder zurückzuziehen.“ Die Meldung
geben wir aber nur als ungläubiges Gerücht wieder.

Montenegrinisches.

Nach Meldungen aus Wien hält sich König Nikita in Stu-
tari auf, von wo aus er auch Einfluß auf die Friedensverhand-
lungen nehmen wird. Italien hat mit Frankreich und Eng-
land seine Befehden am montenegrinischen Hofe zurückge-
zogen. Die diplomatischen Beziehungen der Westmächte zu
Montenegro sind damit eingestellt. Die montenegrinische
Staatsbank wird aus Alessio nach Cetinje zurückgebracht,
wohin auch die montenegrinischen Staatsbehörden zurück-
kehren.

Reuter meldet aus Rom: Informierten Personen ist seit
zwei Monaten die tatsächliche Lage Montenegros bekannt ge-
wesen. Bedingungen für die Kapitulation seien, daß Mon-
tenegro den Boszen abtritt und dafür einen Hafen im Adriati-
schen Meere erhalte; Montenegro bleibe unabhängig. Der

montenegrinische Gesandte in Rom teilte mit, daß König Nikola eine Proklamation an sein Volk gerichtet habe, in der er sagte, Montenegro habe nur wählen können zwischen Unterjochung oder Übergabe.

Die englische Blockade und Amerika.

Bekanntlich hat Nordamerika einen besonders energischen und rücksichtslosen Vertreter seiner Interessen in der Person des Obersten House nach England geschickt. Er soll den Engländern klar machen, daß es so nicht weiter gehen mit der Behinderung des amerikanischen Handels. Ob der amerikanische Oberst mit Säbel und Pistole im Londoner Klub vor den Engländern auftreten wird, weiß man nicht. Die Wirkung seiner Bemühungen aber scheint nur zu sein, daß England versucht hat, seinen Erdölversorgungsring noch enger um Deutschland zu ziehen. Die Tätigkeit des Obersten soll nämlich das Ergebnis gezeigt haben, daß England die effektive Blockade gegen Deutschland vorbereite, an Stelle des Systems einer weiten Entfernung, das vor mehr als einem Jahre eingeführt wurde. Langsam bereite einen kräftigen Protest in der Botschaft gegen England vor. Dieser werde vielleicht eine Abänderung erfahren, falls Oberst House inoffizielle Zusicherungen erhalten würde, daß jeder Grund zur Befürchtung freiwillig von England beseitigt wird, vorausgesetzt, daß ihm Zeit genug gegeben wird, sein System ohne Hervorrufung internationalen Widerstandes zu ändern.

Und das englische Blatt hat auch schon in Amerika verfangen. Die „Times“ meldet aus Washington: Die „New York World“, welche über die in Regierungskreisen herrschenden Ansichten gewöhnlich gut unterrichtet ist, bemerkt zu den Gerüchten, daß England eine regelrechte Blockade zu erklären beabsichtige: Eine wirkliche Blockade würde den meisten Protesten, welche die amerikanische Regierung gegen die Behinderung des amerikanischen Handels erhoben habe, entgegenkommen. „Sie würde unseren Handel auch erschweren, das aber auf gesetzliche Weise tun, da sie einen legitimen Zustand schaffen würde, wobei feste Regeln in Anwendung kommen. Wenn die britische Regierung bereit ist, gegen Deutschland die Blockade zu erklären, die effektiv unparteiisch ist und durch die die neutralen Länder nicht blockiert werden, sind die Vereinigten Staaten verpflichtet, sich daran zu fügen. Die amerikanische Regierung hat die britischen königlichen Verordnungen niemals anerkannt, wie sie die von Deutschland für seine U-Boote als Kriegsgebiet erklärte Zone auch niemals anerkennt. Beide Maßregeln waren ungesetzlich.“ Wenn sich freilich ein Bericht der Associated Press, daß Großbritannien beabsichtige, Rotterdam und andere Häfen als deutsche Einfuhrhäfen zu betrachten, auf die die Blockade logischerweise ausgedehnt sei, sich als wahr erweise, so würde sich Großbritannien auf einen ernsthaften Protest der Vereinigten Staaten gefaßt machen müssen. Der Protest würde auf gesetzlichen Grundlagen durch lebhafteste Unterstützung innerhalb und außerhalb des Kongresses unterstützt werden.

Woraus es ersehen, daß es auch mit der „regelrechten“ Blockade Deutschlands durch England keine einfache Sache für die neutralen Handelsländer ist. Der englische Argwohn wird immer unschuldiger mit treffen. So wird jetzt in der Londoner „Morningpost“ die große Summe der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach den neutralen Ländern in den ersten zehn Monaten 1915, verglichen mit der Ausfuhr der ersten zehn Monate des Jahres 1913, als verhältnismäßig deminuiert. Die Ausfuhr von Weizen betrug im Jahre 1913 13 Millionen Bushels gegen 50 Millionen im Jahre 1915, von Mais 13 750 000 Bushels gegen 28 950 000 Bushels, darunter 6 900 000 Bushels gegen 11 600 000 Bushels, die nach den Niederlanden gingen, Weizen 1 417 000 Bushels gegen 5 100 000 Bushels, darunter 708 000 Bushels gegen 1 300 000 Bushels nach den Niederlanden, Sped 30 900 000 Bushels gegen 61 500 000 Bushels, darunter 3 900 000 Bushels gegen 9 Mill. nach den Niederlanden, Schmalz und Schmelz 462 000 Bushels gegen 4 800 000 Bushels, Automobile und Zubehörteile für 1 300 000 Doll. gegen 20 Mill. Dollar. Natürlich hat sich der Handel der Vermittlungsländer, wie Holland eines ist, im Krieg riesig gehoben. Aber die Behauptung, daß Deutschland von diesem Handel den größten Nutzen habe, ist durch nichts zu beweisen, da sich in Holland alle Welt versorgt hat. England muß also, wenn es bei seinem Handelskrieg gegen Deutschland bleibt, immer drückender empfindlich treffen. Aus

dem internationalen Handelsverbot läßt sich kein deutscher Einfuhrschlag restlos heraustrennen.

Die amerikanische Handelskammer in Berlin richtete laut „Berliner Lokalanzeiger“ an das amerikanische Konsulat in Berlin ein Schreiben, in dem die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt wird, daß die Beschlagnahme der in neutralen Häfen gelandeten amerikanischen Post eine sehr ernste und kritische Lage für die mit Amerika arbeitenden Firmen herbeiführt. Es wird dringend um sofortige und tatkräftige Abhilfe seitens der amerikanischen Regierung gebeten, damit in Zukunft solche Übergriffe vermieden werden.

Kein deutsches U-Boot Urheber der „Persia“-Katastrophe.

Washington, 19. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der amerikanische Vizekonsul in Berlin, Genard, berichtet: Die deutsche Regierung erhielt von allen U-Booten im Mittelmeer Nachrichten. Alle Kommandanten haben erklärt, daß sie für den Untergang der „Persia“ nicht verantwortlich seien.

Der „englische“ Krieg.

Der Petersburger Korrespondent der „Daily Mail“, der aus England zurückgekehrt ist, schreibt in seinem Blatt: „Der große Irrtum, den wir alle begangen haben, ist, daß wir uns zu sehr darauf verlassen haben, was andere für uns tun würden. Im Anfang des Krieges ließ sich das entschuldigen, aber jetzt sollten wir besser unterrichtet sein. Wir müssen uns ganz klar sein, daß dies unser Krieg ist. Kein anderes Volk kann ihn zu unseren Gunsten beenden. Wir selbst müssen ihn gewinnen, sowohl für uns als unsere Verbündeten. Wenn wir den Krieg nicht gewinnen, so kann es niemand anderes. Wir haben immer gehofft, daß jemand anderes sich für uns schlagen würde. Auch die Russen hoffen heimlich, daß anderswärts etwas zu ihrer Hilfe geschehe, aber seit dem letzten Frühjahr haben sie die Hoffnung aufgegeben, daß jemand anderes sie retten kann. Sie sind entschlossen, sich selbst zu retten. England hat Ruhland nicht erzählt, indem es zuviel erwiderte und die ungeheuren Opfer nicht würdigte, die Ruhland brachte. Das furchtbare Unglück von Tannenberg dürfte in England nicht erzählt werden, ebenso wenig der furchtbare kostspielige Kampf in Polen im letzten Winter und die schrecklichen Verluste während des Rückzuges. Ruhland kämpfte die ganze Zeit. Sein Plan war von Anfang an, defensiv zu bleiben. Die Theorie der russischen Dompvalge, daß die Armeen der Russen auf Berlin marschieren würden, kommt von uns, nicht von den Russen. Die Abweichungen von dem ursprünglichen Defensivplan nehmen ein schlechtes Ende. Wir müssen aufleben sein, wenn Ruhland jetzt seinen ursprünglichen Plan ausführt. Wir müssen die Wahrheit festhalten, daß Ruhland den Krieg nicht zu unseren Gunsten entscheiden kann. Wir hängen ganz allein von unseren eigenen Anstrengungen ab.“ Was sich durchaus gebührt, nachdem England lediglich für seinen Profit den Krieg eingefädelt hat.

Von der englischen Dienstpflichtvorlage.

Reuter meldet: Die Debatte im Unterhause über die Dienstpflichtvorlage hat gute Fortschritte gemacht. Die Regierung befriedigte in einem wichtigen Punkte die Wünsche der Arbeiterpartei. Diese sprach die Befürchtung aus, daß Männer, welche für die Regierung arbeiten, willkürlich entlassen und durch diese vorübergehende Arbeitslosigkeit unter die Bestimmungen der Bill fallen könnten. Die Arbeitgeber konnten somit die Bill als Form eines industriellen Zwanges brauchen.

Hierauf scheint sich die folgende auch von Reuter kommende Meldung zu beziehen: Der Vorsitzende des Bundes der Eisenbahnangestellten, der früher der stärkste Gegner der Dienstpflichtvorlage war, hat in einem Interview seine Haltung dargelegt. Er versichert, daß von einem Ausstande keine Rede sein könnte. Niemand werde sich, sagte er, meine Hand rühren, um einen Ausstand in der Industrie, so lange der Krieg dauert, hervor zu rufen. Auch werde ich mich so stark wie irgend möglich jeder Streikabsicht widersetzen. Wenn das Versprechen Abwärts erfüllt wird, so werde ich allen

meinen Einfluß geltend machen, um die Industrie nicht zu schädigen.

Bei der Verhandlung im Unterhause über den Zusatz zur Militärdisziplin, wodurch das Gesetz auf alle Männer ausgedehnt werden soll, die nach dem 15. August 1915 in das Nationalregister eingetragen wurden und über 18 Jahre alt sind, sagte Präsident Joseph, Gouverneur von Bourd, Lord Fitzroy habe ihn beauftragt, zu erklären, er halte diesen Zusatz für unerwünscht. Fitzroy hoffe, daß das Gesetz vom House unverändert angenommen würde. Die Männer, die durch die Annahme des Gesetzes verfügbar würden, zusammen mit denen, die sich bereits angemeldet hätten, würden es ihm ermöglichen, die Kräfte aufzustellen, die das Land brauche, um einen baldigen Sieg zu sichern. Der Zusatz wurde hierauf abgelehnt. Die Regierung nahm einen Zusatz an, der der Admiralität den ersten Anspruch auf die unter dem Gesetz rekrutierten Männer gibt. Mc. Namara erklärte, daß 20 000 Mann mehr bei der Flotte Dienst genommen hätten, als die Admiralität ermächtigt war, aufzunehmen. Er beantragte, die Mannschaften für die Flotte auf 350 000 Mann zu erhöhen.

Die im Auftrage Fitzroys abgegebene Erklärung läßt deutlich erkennen, daß es der englischen Regierung nur um Sicherung des Erfolges für Abgänge zu tun ist. Neue Formationen aufzustellen, daran denkt sie offenbar selbst nicht.

Die Höhe der französischen Verluste.

Paris, 20. Jan. (D. D. B.) Der „Figaro“ enthält eine amtliche Mitteilung des Verwaltungsbureaus für Militärpensionen und Unterstützungsgelder, die über die Höhe der französischen Verluste, wenn auch nicht direkt, Aufschluß gibt. Aus den Mitteilungen des Bureaus, in dem früher 70 Personen, heute 944 beschäftigt sind, geht hervor, daß die Zahl der auf die Witwen- und Waisenentschädigungen bezüglichen Personalisten im Kriegsministerium 1 800 000 übersteigt.

Die Ermordung Jaurès.

Das „Neue Budapest Tageblatt“ erhält von seinem Längsauer Korrespondenten die Mitteilung, daß das Komplotz zur Ermordung Jaurès in Ruhland ausgeführt wurde. Die Mitteilung stammt von einem ehemaligen Mitglied des russischen Staatsrates, namens Klawnow, einem Freund Jaurès, der nach dessen Tod aus dem Staatsdienst trat. Es war in Ruhland bekannt, daß Jaurès, der großen Einfluß auf die Sozialisten Frankreichs besaß, der französischen Regierung Schwierigkeiten hätte machen und durch seinen Einfluß die französische Kriegslust wesentlich hätte herabmindern oder beseitigen können. Staatsrat Pawlowitsch wurde deshalb mit einigen anderen nach Paris geschickt und einige Tage darauf war Jaurès ein toter Mann. Pawlowitsch wurde darauf zum Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofes ernannt, in dessen Amtssprengel die Güter des Grafen Witte liegen. Als Graf Witte eines geheimnisvollen Todes gestorben war, rüdte Pawlowitsch in eine noch höhere Stellung auf.

Budapester Meldungen gelten nicht von vornherein als unbedingt glaubhaft. Aber wie es da erzählt wird, kann es schon zugegangen sein.

Ministerrat der Alliierten.

London, 19. Jan. Reuter meldet: Ministerpräsident Briand ist gestern in Rom eingetroffen. Die „Times“ melden aus Paris, daß die Minister der Alliierten heute in London eine Zusammenkunft hätten.

Endlich eine internationale Sozialistenkonferenz?

Aus Budapest meldet die Telegraphen-Union: Der Chefredakteur des sozialistischen Blattes „Nepesema“ und der Parteifreie Emanuel Buchinger reisten nach dem Haag, wo das internationale Sozialistenbureau seine erste Beratung abhält. An dieser Konferenz nehmen Abgeordnete der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder teil. Vor einigen Tagen wurde durch die „Schwäbische Tagwacht“ ein Brief des deutschen Parteivorstandes mitgeteilt, der an den Vorstand der Berliner Parteioffiziersorganisation bekannt, der anscheinend im vorigen Monat geschrieben wurde. Darin werden eine Reihe Verluste aufgezählt, die vom September 1914 an vom deutschen Parteivorstand, vom März 1915 an vom internationalen Bureau gemacht wurden, um eine internationale Aussprache herbeizuführen, sie scheiterten —

Seuileton.

Kriegstechnik und Militärwesen im Altertum.

Von Richard Woldt.

Die Bauwerke der Alten, ihre Tempel, Diademe, Pyramiden und Straßen sind auch noch für unsere Zeiten bewundernswürdige Riesengiganten, aber die Ausführung dieser technischen Schöpfungen konnte nur durch ungezählte, rücksichtslos ausgeübte Menschenhände vollbracht werden.

Vom Bau der Cheops-Pyramide berichtet Herodot: „daß zehnmal zehntausend Mann im Dienste des Königs Cheops drei Monate hindurch die Steine vom Steinbruch zum Nil brachten, während eine gleiche Anzahl das über den Fluß gebrachte Baumaterial zum Bauplatz schafften. Und diese Sklavenbeere konnten vorerst 10 Jahre an dem Wege, auf dem sie die Steine zogen.“

In der Schifffahrt der Alten konnte die Kraft des Wassers und des Windes nur unvollkommen in den Dienst menschlicher Arbeit gestellt werden, der Mensch selbst mußte durch Ruderkraft das Schiff vorwärts bewegen. Jahrhundertlang blieb der Mensch hier noch die wichtigste Kraftmaschine. Noch der spanische Dichter Cervantes läßt Sancho, als dieser zum ersten Mal auf einer Galeere fuhr und sah, wie der „Galeerenbohrer“ die harten Rücken der „Ruderknechte“ mit der Peitsche bearbeitete, um durch verzweifelte Kraftanstrengungen dieser menschlichen Arbeitskräfte die Geschwindigkeit der Schiffe zu erhöhen, ausrufen: Nun, wenn dies nicht die Hölle ist, so ist es doch wenigstens das Höllfeuer.

Unter diesem Zeichen der primitiven Menschenwirtschaft stand auch die Kriegstechnik der Alten. Conrad Ratsch, der Historiker des Vereins Deutscher Ingenieure, hat unlängst in einem Festvortrag im Münchener Museum der Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik auch an die Kriegstechnik der Alten erinnert.

Die ersten großen geschichtlichen Völker verfügten schon über eine weit vorgeschrittene Kriegstechnik. Alte assyrische Wandtafeln zeigen uns Belagerungsmaschinen, Widder und

Sturmboje, die als treibende Kraft oft hunderte Menschen beanspruchten. Als Dionysius von Syrakus seinen Seereszug gegen die Karthager unternahm, soll er zur Erfindung der Torsionsgeschütze angeregt haben. Er betrieb die hervorragendsten Ingenieure nach Syrakus, aus deren Gemeinschaftsarbeit sich dann die Geschütze des Altertums entwickelten, die als Treibkraft die Torsionspannung zusammengepresster Sehnenbündel benutzten.

Die Völker, die siegreich werden konnten, haben durch die Überlegenheit ihrer kriegerischen Organisation die Feinde zur Unterwerfung gezwungen. Ein Beispiel schildert uns Mommsen in seiner römischen Geschichte: Das römische Heer stand vor Kartago. Die Belagerer verlangten vollständige Entwaflung. Alles Kriegsmaterial, alle in Privatbesitz befindlichen Waffen, 3000 Wurfgeschütze und 200 000 volle Rüstungen wurden den Römern übergeben. Dann verlangten sie die Zerstörung der Stadt und Anhebung 15 Kilometer vom Meer entfernt. Verzweiflung ergreift die wehrlose Stadt. Die Römer warteten im Glauben, die Stadt werde sich schließlich doch ergeben, mit dem Angriff. Diese Zeit aber wurde dazu benutzt, um alle technischen Kampfmittel wieder herzustellen. Tag und Nacht wurde ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts an Maschinen und Waffen gezimmert und gehämmert. Um Balken und Metalle zu erlangen, wurden die öffentlichen Gebäude niedergehauen. Um die für die Wurfgeschütze notwendigen Sehnen herzustellen, schoren die Frauen sich das Haar, in unglücklich kurzer Zeit waren die Mäuer und die Männer wieder beehrt.

Die Römer mußten zu den größten Wegebauern aller Zeit gerechnet werden. Sie hielten kein Land für erobert, das nicht durch Straßen gesichert war. „Über 76 000 Kilometer auch technisch bewundernswert durchgeführte Straßen haben die Römer, und zwar in erster Linie die römischen Heere errichtet. Wege, über die zum Teil Jahrtausende spurlos dahingegangen sind. Von diesen Straßen hat man gesagt, sie gleichen Mäuer, die auf die Erde gelegt wären.“

Zur Bewältigung dieser Aufgaben war eine entsprechende berufliche Schulung notwendig. Die römischen Heere der Kaiserzeit besaßen besondere technische Truppen-

teile, die die Kriegsmaschinen und Waffen instand zu halten hatten. Diese technischen Truppen wurden möglichst den technischen Berufen entnommen. Zimmerleute, Wagenbauer, Schmiede bildeten den Hauptteil. Dazu kamen die Spezialisten, die Schilde, Harnische, Bogen und Pfeile sowie Wurfgeschütze anzufertigen verstanden. Abgesehen von diesen der Truppe angegliederten technischen Schülern gründeten die römischen Kaiser überall im Reich große kaiserliche Werkstätten. Die Arbeiter genossen besondere Vorrechte. Sie wurden von allen Amtslasten befreit mit der Begründung, „daß zur Erkennung der Puncti Ruhe vorzuziehen ist“. Hier finden wir auch aufgezählt Baukünstler, Metallgießer und Mechaniker. Sie werden angehalten, sich selbst weiter zu bilden, aber auch für die Erziehung des brauchbaren Nachwuchses besorgt zu sein. Bemerkenswert ist, daß auch alle diese in den Waffenfabriken arbeitenden Männer vollständig militärisch organisiert waren. Sie hatten ihre bestimmte Dienstzeit und wurden als Soldaten behandelt. Nach Ablauf ihrer Dienstzeit wurde für sie nach Möglichkeit gesorgt. Das Abgehen ihrer besonderen Verwendung trugen sie, der damaligen Zeit entsprechend, eingebrannt auf dem Arm wie die Rekruten.

Aber trotzdem war diese Kriegstechnik der Alten primitiv in ihrer Menschenwirtschaft. Die Kriegsschiffe der Alten, die berühmten attischen Trieren, mußten durch Ruderkraft, durch die oft übermenschlichen Anstrengungen der Galeerenknechte vorwärts bewegt werden. Die Belagerungsmaschinen, Widder, Sturmboje, waren als Kriegserzeugnisse Zusammenbau von Menschenkraft. Im Zeughaus zu Berlin befinden sich Modelle antiker Geschütze, die der Hauptmann Schramm rekonstruiert hat. Die Schußkraft beruht auf einer Spannungsbelastigkeit gedrehter Tiersehnen. Abgeschossen wurde der Pfeil, die Steinfluge oder das Bleigeschöf. Die Schußweite betrug 370 Meter, eine Leistung, die für die damaligen Verhältnisse gewiß beachtenswert war. Aber alle diese Geschütze waren genau so wie die Armbrust, Schwert und Speer: sie wurden von der Hand geführt, in der Leistungsfähigkeit und Körperkraft des Menschen selbst hatten sie ihre Grenzen. Die Spannkraft der Torsionsgeschütze

wie man ja von Gundersen weiß — am ablehnenden Verhalten der Franzosen und Engländer. Dann hieß es in dem Briefe: „Surgut ist eben auch neue Verhandlungen des Internationalen Bureaus mit den Parteien der kriegführenden Länder, um ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden zu ermöglichen. Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Der Parteivorstand hat jedoch durch seine Vertreter im Haag erklären lassen, daß die deutsche Partei diese erneuten Bemühungen begrüßt und unterstützen werde.“

Es scheint also, als hätten die Bemühungen endlich Erfolg. Denn, daß es wieder so kommt, wie am 23. März 1915, an dem die Deutschen im Haag waren, die anderen jedoch ausblieben, ist doch wohl nicht anzunehmen.

Die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Baummeisters „Internationale Korrespondenz“ schreibt: Auf dem Schweizer Parteitag ist unlängst das vernünftige Wort gesprochen worden, daß man sich dabei hüten solle, immer den ausländischen Parteien, namentlich der deutschen Partei, vorzuschreiben, was sie zu tun haben und sich zum Schlußmeister aufzuwerfen. Namentlich, wenn nach dem Grundgesetz verfahren wird: Ich mache Resolution — Du machst Revolution. Ich verspreche meine Linke — Du verspreibst dein Blut. In der Tat, wenn man immer wieder läßt, was in allen Sprachen und in den verschiedensten Ländern über die deutschen Sozialisten verfaßt wird, so muß einem ganz bange werden vor der strengen Schule, in die die verschiedenen Schulmeister und Gaudernanten uns nehmen werden, wenn wir, in Anerkennung unseres Unvermögens, sie nach dem Kriege bitten, sich unserer anzunehmen. So wird wieder vom „Popolo d'Italia“ in seinem Leitartikel vom 10. Januar gesagt: „Eine einzige Pflicht haben die deutschen Sozialisten, wenn sie sich wenigstens zum Teil, wieder reorganisieren wollen. Sie haben sich von den Granaten auf der Straße niederfallen zu lassen (daß die Kräfte in der Friedrichstraße gegen die Parteimitglieder aufgeföhren ist, erzählt das Blatt seinen Lesern schon öfters. I.K.), um ihre Regierung zu zwingen, die besetzten Gebiete zu räumen und um den preussischen Militarismus zu erschüttern.“ Im „Avanti“ aber berichtet Francesco Siccardi mit Befriedigung, daß es so schon so weit ist. „Es geht vorwärts“, erzählt er. Massenhaft sind täglich die Versammlungen in Deutschland, die der Minorität huldigen, und in Belgien wuchs sich eine solche Kundgebung für die Freiheit zu einer gewaltigen Demonstration aus, bei der die Internationale gefungen wurde, ohne daß die Polizei wegen nachlässiger Aufseher eingegriffen. Sollte sie es getan, hätte man ihr nämlich gesagt: „Rein, wir führen niemandes Nachtruhe.“ In Belgien wurden Tausende und hunderttausende über unseren Gefangenen, den sie im Innern mit beiführender Sicherheit erwarben. Ueberall werden die Reichstagsabgeordneten von ihren Wählern verurteilt. In Köln sind 7 Sozialisten erschossen worden, weil sie ein Flugblatt verbreiteten. In Berlin muß eine Apotheke „Der Triumph Deutschlands“ unter dem Geheul der Menge, unter Rufen wie „Mörder, Mörder“ abgebrochen werden, und die Polizei jagt zu, daß trotz des Verbots das Rummelwälder Manifest sogar bis in die Schützengräben verbreitet wurde. Und der „Vorwärts“ lacht noch dazu. „Ja, es geht vorwärts.“ — Kurz, Siccardi freut sich, damit zu beweisen, daß der deutsche Sozialismus sich „wiederfindet“ und seine Pflicht erkennt hat.

Die Prägung in Neu-Guinea.

Berlin, 19. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Die von den australischen Militärbehörden Ende 1914 angeordnete öffentliche Prägung von Deutschen in Deutsch-Neuguinea ist in der Tagespresse des öfteren erörtert worden, ohne daß bisher eine amtliche Äußerung zur Sache erfolgt wäre. Wie wir erfahren, hat die australische Regierung seinerzeit erklärt, sie habe die Handlungsweise des Administrators mißbilligt und Anweisung gegeben, daß unter keinen Umständen körperliche Bestrafung wiederholt werden dürfe. Auch die britische Regierung hat sich dahin geäußert, daß Vorgehen des Administrators in Rabaul sei „inoffiziell“ gewesen, und er habe deswegen eine „dienstliche Warnung“ erhalten. Indessen verlangte die australische Regierung, nachdem die Einzelheiten

mühe erzeugt werden, indem die Seelen zusammengekehrt wurden, um dann die aufgespeicherte Spannkraft plötzlich wieder frei zu geben.

Von der Kriegstechnik der Alten können wir deshalb sagen: trotz der oft bedeutungsvollen erzielten Gesamtwirkungen ist die Menschenverwertung primitiv. Der Mensch ist im Arbeitsvorgang unmittelbare Kraftmaschine die Steigerung der Leistungen, die Erzielung großer Gesamtergebnisse ist nur durch die Zusammenballung vieler menschlicher Kraftmaschinen möglich gewesen.

Lebelloff für Soldaten.

Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung verteilt an die im Felde stehenden Truppen 148.801 Bücher, an die Lazarette 95.474 Bücher, ferner eine Anzahl an deutsche Kriegsgefangene in feindlichen Ländern, Nachkommandos im Inland, nach Ostpreußen usw. Die Stiftung hat dabei drei Bücherarten geschaffen, die auch weiter an Lazarette, Kruppenteile und deutsche Kriegsgefangene vergeben werden sollen: die Lazarett-Bücherei, die Schützengraben-Bücherei und die Kriegsgefangenen-Bücherei. Sämtliche 208.470 Bücher wurden unentgeltlich abgegeben. Weitere Bemerkungen um die Lazarett-Bücherei, die Schützengraben-Bücherei oder die Kriegsgefangenen-Bücherei nimmt die Hannoversche Abteilung der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großhorst entgegen.

Im Rittmoos werden von Berlin aus die ersten schmerzhaften Entschädigungen zur Ostfront abgehen. An der Westfront haben sich die Krieger mit diesen Büchereien sehr befreundet. Jeder der Büchereigenen, die nach der Ostfront geschickt werden, erhält etwa 1500 Bände verschiedenster Art. Die Bücher werden an Unteroffiziere und Mannschaften unentgeltlich, an Offiziere gegen ein Tagegeld von 5 Pfennig verliehen. Nach und nach sollen möglichst alle Divisionen mit einer fahrbaren Bücherei ausgerüstet werden. Die Einrichtung dieser Büchereien erfolgt durch den Ausschuss für fahrbare Kriegsgefangenen an der Front (Berlin O. 2. Kleine Kassestrasse 5b), an dem auch Gefangene (neue Bücher und Geld) zu senden sind.

Notiz.

Schönherres „Weibsteufel“ ist im Verein der D. Kameelkorps zur Aufführung wieder freigegeben worden. Der Protest, den der Goethebund in Bremen gegen das Verbot an das Generalkommando in Altona gerichtet hat, war also von Erfolg. Das Bremer Schauspielhaus hat das Stück sofort wieder auf den Spielplan gesetzt.

des Vorganges im Laufe des verflossenen Jahres zu ihrer Kenntnis gekommen waren, bei der britischen Regierung vollständige Genehmigung, insbesondere hinreichende Bestrafung für die beispiellose Brutalität der verantwortlichen Beamten. Die Verhandlungen schweben noch, wobei die weite Entfernung Australiens eine Rolle spielt. Nach Ablauf der Verhandlungen darf eine amtliche Veröffentlichung über den Gegenstand erwartet werden.

Die kommenden deutschen Reichskriegssteuern

würden bei Beratung des bayerischen Finanzetats im Finanzausschuss der bayerischen Abgeordnetenkammer besprochen. Der Finanzminister v. Breunig sagte dort nach einem Münchener Wolff-Telegramm:

Ueber die Pläne der Reichsleitung zur Abgleichung des nächsten Haushalts etats und die Vorbereitung der Reichsfinanzreform könne er Mitteilungen nicht machen, weil die Erörterungen darüber noch durchaus im Fluss seien. Für die Vorbereitung der künftigen Reichsfinanzreform lege die bayerische Staatsregierung den größten Nachdruck darauf, daß das Gebiet der direkten Steuern und überhaupt das Gebiet der übrigen festigen Einnahmen des bayerischen Staates nicht ohne dauernden Ersatz eingeengt werde. Die bayerische Staatsregierung befindet sich dabei in erfreulicher Uebereinstimmung mit allen bundesstaatlichen Regierungen und Landtagen. Diese Ansehens über die Abgrenzung der Steuergebiete durchdringe mehr und mehr die Öffentlichkeit und selbst die Praxis der Finanzen.

Wie um die letzte Behauptung sofort zu belegen, führte nach einem Münchener Telegramm der „Frankf. Zig.“ ein sozialdemokratischer Redner, dessen Name nicht genannt ist, aus: „Die sozialdemokratische Partei sei bis zum Kriege und schaffssteuer gewesen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige und Reichsvermögenssteuer neben einer veränderten Reichserschaffssteuer gewesen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige und künftige noch steigende außerordentliche Belastung der Einzelstaaten und Gemeinden im Zusammenhang mit dem Kriege könne man jetzt eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer nicht mehr vertreten.“

Die direkten Steuern müßten den Bundesstaaten verbleiben.“ Das scheint uns etwas zu rasch und einfach entschieden zu sein. Die Sache liegt sehr schwierig, und es ist richtig, daß man sie noch den komplizierten Verhältnissen beurteilen muß. Das bedeutet aber noch lange nicht die gänzliche Aufgabe jeder direkten Reichssteuer, und darüber haben auch nicht die Bundesstaaten allein zu entscheiden. Jedenfalls aber zeigt der Vorgang, daß es hohe Zeit zu einer Verständigung in unseren Reihen über das nächste Reichssteuerprogramm ist!

Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.

Aus parlamentarischen Kreisen erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß die Regierung bereit ist, in der Frage der Gewerkschaften nachzugeben und festzustellen, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine sind. Dazu schreibt das sozialdemokratische Pressebureau:

Diese Zusicherung ist bereits vor einigen Wochen gegeben worden, sie galt aber als streng vertraulich. Nachdem nun aber das fortwährende Organ die Sache in die Öffentlichkeit gebracht hat, können wir dazu mitteilen: Das Reichsvereinsgesetz wird dahin abgeändert, daß die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklärt werden können. Die Absicht, die Vorlage schon in der jetzt verflochtenen Tagung des Reichstags zur Verabschiedung zu bringen, ist lediglich dadurch verhindert worden, daß der Doyent, Ministerialdirektor Retzdorf, erkrankt war, weshalb die Vorlage nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Sie wird dem Reichstag im März zugehen; die Regierung hat aber daran die Bedingung geknüpft, daß weitergehende Beschlüsse nicht gefaßt werden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

„Berlingske Aften“ meldet aus Stockholm: Der ganze baltische Meerbusen ist nunmehr zugefroren. Das Eis liegt einen Meter stark von der schwedischen bis zur finnischen Küste. Die Schifffahrt ist dadurch bis zum Mai unterbrochen. Zollwachen sind auf den Inseln aufgestellt, um die Warentransporte zu überwachen.

Im Wahlkreis Sangerhausen wurde Handelskammerpräsident Dirck (Nat.) ohne Gegenkandidat in den Reichstag gewählt.

Aus der Partei.

Eine Stimme aus Österreich.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sagt zu dem gegen Liebknecht gerichteten Fraktionsbeschluss, nachdem sie den „Kommentar“ des „Vorwärts“ kurz abgehandelt hat (den „Kommentar“ nämlich, der der Fraktion das Recht abspricht, einen solchen Beschluss zu fassen): „Indes scheint es uns, daß zu dem Rechte des gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten, der Fraktion anzugehören, auch seine Pflicht gehört, und daß diese Pflicht auch ihnen sehr bestimmt inhaft hat. Denn das kann doch der Sinn der Zugehörigkeit nicht sein, daß der Angehörige der Fraktion wohl formell angehört, materiell aber tun kann, was er will. Nach der Geschäftsordnung des Reichstages kann ein Abgeordneter, also ohne Fraktion, allein nur die eine Aktion unternehmen (denn auch zum Worte gelangt man dort im Grunde nur aus der Zugehörigkeit zur Fraktion), nämlich die sogenannten „Meinen Anträge“ einbringen, die eben der Antragende individuell stellt. Und Liebknecht bringt nun „Meine Anträge“ unausgesetzt ein, ohne die Fraktion zu fragen, ohne sich um sie zu kümmern. Woraus die Fraktion eben entnimmt, daß er sich von den Pflichten, die aus der Zugehörigkeit zur Fraktion erwachsen, entbunden fühlt. Die Rechte aber, die aus der Fraktionszugehörigkeit erwachsen, sind mannigfacher Art; zum Beispiel von ihr als Redner bestimmt, in eine Kommission delegiert, mit der Einbringung einer Interpellation betraut zu werden; an die Verwirklichung dieser Rechte denkt der Beschluss... Wie leicht wäre es, Konflikte hintanzuhalten und wie eifrig ist man darauf aus, sie herbeizuführen!“

Julius Sauppe gestorben.

Der Vorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede, Julius Sauppe, ist am Sonntag früh im Alter von 63 Jahren verstorben. Seit Jahren wurde Sauppe von einem Asthmaleiden geplagt; ein Herzschlag machte dem arbeitenden Leben plötzlich ein Ende. Seit 1907 erst Vorsitzender des Verbandes und zugleich Redakteur des „Kupferwand“, zählte er doch zu den Mitbegründern des Verbandes. Sein Verdienst mit war es, daß der Gründungstages im Jahre 1885 zustande kam.

Sauppe war in der Hauptsache in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätig. Er war aber mit Leib und Seele Anhänger der sozialdemokratischen Partei; eine öffentliche Wirksamkeit für diese verbot sich für ihn als Ausländer.

Der Verband der Kupferschmiede und die deutsche Gewerkschaftsbewegung verliert an ihm einen treuen Kameraden und Mitarbeiter.

Der Parteifreie.

II.

Auch im „Vorwärts“ hat Rudolf Hilferding etwas deutlicher dargelegt, in welche gefährliche Situation die Partei geraten sei, indem sie sich bedingungslos der Kriegspolitik der Regierung und der bestehenden Klassen unterstellt habe. Im Anfang sei der Krieg erschienen als ein Verteidigungskrieg gegen den russischen Despotismus, diese Auffassung sei durch die Fraktionsklärung vom 4. August nach besonders hervorgehoben worden. Der sozialistische Geist und Charakter der Partei blieb erhalten, ihre selbständige und besondere Stellung gegenüber den anderen Parteien gewahrt. Aber leitende Parteifreie identifizierten sich in der Folge allzusehr mit dem Kriege und der Kriegsführung. Belagerungszustand und Zensur verhinderten eine wirksame Aufklärung der Massen. Die sozialistischen Ziele wurden zurückgestellt und aus der politischen Praxis ausgeschaltet. Die Partei sei immer mehr unter die Diktatur der Rechten geraten, die Genossen von der Minorität hätten zusehen müssen, wie auch für die entscheidungsherrliche Zukunft Wesen und Kraft der Partei vernichtet würden. Und weiter:

War die Partei in der bewegenden Frage so immer mehr zu einer Stellungnahme geführt worden, die praktisch sie in Reich und Glied mit den bürgerlichen Parteien geistig und in der Gefolgschaft der Regierung gebracht hat, so mußte dies auch in allen anderen Fragen auf ihre Stellung zurückwirken. Gewiß haben die Partei als solche und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auch in dieser Zeit Wichtiges und Bedeutendes für die Arbeiterklasse geleistet, auf dem Gebiete der Kriegsunterstützungen, der Lebensmittelförderung, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als tatkräftige Sachwalterin der Arbeiterinteressen sich bewährt. Aber was sie auf diesem Gebiete erreichte, war nicht mehr und nicht weniger, als ihr Regierung und Unternehmenseinstellung im Drang der Kriegsumstände zugeföhren konnten und wollten. Im übrigen aber war die Regierung der Partei in der Frage, auf die es ihr allein ankommen mußte, ohnehin sicher und konnte daher frei das Maß bestimmen, in dem sie ihr sonst entgegenkommen wollte. Und so blieben nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern vor allem auf dem politischen Gebiete die Wünsche der Partei unberücksichtigt. Auf die Handhabung des Belagerungszustandes und der Zensur waren die Forderungen der Partei ohne wesentlichen Einfluß, eine wirklich aktive Stellungnahme, eine eigene Kritik, eine praktische politische Beeinflussung blieb ihrer Presse verweigert.

So kam, was kommen mußte. Nahezu anderthalb Jahre dauerte der Krieg, während die Partei, die die Führung unter der Diktatur der Rechten verfolgte. Und ihr Erfolg? Man mag die Sache selbst für gut oder schlecht, für unvermeidlich oder nicht halten, Tatsache ist, daß während des Krieges die deutsche Sozialdemokratie eine Entwicklung durchgemacht hat, die ihre geistige und politische Selbständigkeit in Frage stellt. Tatsache ist, daß die größte Partei der Welt als selbständige Kraft während der größten Entscheidung der Geschichte nicht in Erscheinung tritt, daß die in ihrer Organisation angeordnete moralische und materielle Macht nur wirksam wurde, indem und soweit sie sich den Kriegsgewalten der Regierung unterordnete, daß sie aber ohne jeden wirklichen Einfluß auf das Geschehen blieb, ohne Macht und, was viel schlimmer, ohne jeden Willen nach eigenem Geheiß zu eigenem Ziele zu streben. Hinter den Anmerkungen und Vorbehalten, die ihre offiziellen Rundgebungen zu den Ereignissen machen, die die anderen lenken und leiten, steht und kann nach der ganzen Haltung der Partei nicht stehen jene Tat- und Opferbereitschaft, ohne die diese Erklärungen eben nur bloße Worte bleiben, und es ist nur die Konsequenz dieser Haltung, daß heute die Partei sich selbst politisch nur als Stütze der Regierung einschätzt und ihre Hoffnung und Erwartung auf den Reichstagsantrag setzt, der angeblich in seinen Kriegsziele im Gegensatz zu den weitergehenden Wünschen der bürgerlichen Parteien sich befinden soll.

Die Situation der Partei hat sich also seit dem 4. August von Grund aus geändert. Die Partei ist von außen nicht bedroht, der Bestand ihrer Organisation und ihrer Presse gesichert. Nicht der Partei in ihrem äußeren Gefüge, sondern ihrem inneren Wesen, ihrem demokratischen, sozialistischen, internationalen Charakter droht die Gefahr, nicht an ihrem Reize, sondern an ihrer Seele droht sie Schaden zu nehmen. Kräfte, die die Sozialdemokratie in eine reformistische Arbeiterpartei umzuwandeln streben, sind immer eifriger an der Arbeit.

Eine wirklich erfolgreiche Gegenwirkung gegen diesen Umwandlungsprozeß ist aber dessen Gegnern nur an einer Stelle möglich — im Reichstag. Alle anderen Mittel, zur Masse der Arbeiter und Parteigenossen zu sprechen, verfallen unter der Herrschaft der Zensur. Auf die Redefreiheit im Parlament gerade zu einer Zeit zu verzichten, wo die Meinung der Parteimitglieder die einzige Möglichkeit ist, überhaupt zu reden, wäre ein Akt der Selbstverleugung, der nur zu rechtfertigen wäre, wenn durch das Reden der Partei besonderer Schaden erwachsen würde. Ist das aber nicht der Fall, dann wäre die Unterlassung eine Verletzung der demokratischen Pflicht, die Massen über die vorhandenen Gegensätze zu informieren und so die Parteigenossen in den Stand zu setzen, selbst Stellung zu nehmen und schließlich die Entscheidung zwischen den entgegengesetzten Anschauungen zu treffen, der sich dann schließlich alle Parteifunktionäre unterzuordnen haben. Der Belagerungszustand und die Zensur schaffen aber für die Partei, die nur die demokratische Entscheidung der Parteigenossen in ihrer Gesamtheit anerkennen kann, einen besonderen Notfall. Und dieser besondere Notfall macht es erklärlich, daß die Minorität auf den Gedanken kommen konnte, das von der einzig freien Tribüne aus den Parteigenossen zu sagen, was sie sonst in den Parteiverfammlungen und der Presse gesagt hätte.

Hilferding betont dann, daß in allem, was die Majorität Sozialdemokratisches tun wolle und werde, selbstverständlich die Minorität an ihrer Seite stehe. Die Ideologien, die der Krieg geboren habe, würden mit ihm verwinden. Diesen falschen Ideologien, die auf einer Verleugnung der geschichtlichen Bedingungen der sozialen Entwicklung beruhten, endlich dort entgegenzutreten, wo ihre Propaganda ihre stärkste Wirkung tut (nämlich auf der Reichstagstribüne), sei Pflicht der Minorität gewesen. „Das Auftreten der Minorität wird, des sind wir sicher, die Opposition auch in den Parteien der anderen Länder stärken, wird kräftigen, was in Jümmertal verheißungsvoll begonnen, und wird vor allem auch die Rückkehr zur Bestimmung bei vielen Mitglieðern der Majorität beschleunigen.“ Außerordentlichen Umständen sei die Spaltung der Fraktion geschuldet. „Wenn normale Verhältnisse zurückgekehrt sind, wird die Partei sprechen können, und der in Freiheit und nach gründlicher Diskussion gefällte Entschluß über die politische Taktik können sich alle Parteigenossen einordnen.“ Gerade den Parteilisten sei der Gedanke an eine Spaltung der proletarischen Bewegung ein Widerspruch an sich.

Beim Monatswechsel

wollen unsere Genossen und Freunde wiederum fleißig neue Abonnenten werben. Probenummern auf Wunsch gratis.

Ein fünfhundert Gramm Feldpostpaket
Deutscher Cognac „Urgeist“
 die herrlichste und willkommenste Gabe.
 Preis M. 1.75
Jean Simuth M. 1.75
 3-5 Kronprinzenstr. Filiale: 36r. Eschenheimerstr.

Kein Bier-Aufschlag!
Stollbier
 zum alten Preis
 per Flasche **12** Pfg. ohne Glas.
W. Stoll vorm. H. Kölsch Nachfl.
 am Hauptgüterbahnhof.
 Erhältlich in allen Filialen des Konsum-Vereins, von Latscha und von
 Schade & Füllgrabe und in allen einschlägigen Geschäften.

Tran muß das Schuhfett enthalten, sonst ver-
 hindert es nicht das Eindringen des Wassers
 in das Schuhzeug.
Schuhfett Tranolin
 und **Universal-Tran-Lederfett**
 stets prompt lieferbar. — Ebenso **Del.-Wachs-Schuhputz**
Nigrin. (Keine abfärbende Wassercreme.)
 Carl Gentner, Chem. Fabrik, Göttingen (Württbg.)

Am 20. Januar 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend
 Bestandserhebung und Lagerbuchführung von Drogen und
 Erzeugnissen aus Drogen durch das Stellv. General-
 kommando des 18. A. K. erlassen worden.
 Der Wortlaut der Verfügung wird durch Veröffentlichung
 durch Anschlag und in den Amtsblättern bekannt gegeben.
 Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Schützt euch jetzt
 vor Magen- und Nervenkrankheiten etc. durch Genuss
 meines Lebensweckers. Preis Mark 1.75 pro Flacon.
 Zu haben in Frankfurt: Adler-Apotheke, Trüben-Gasse,
 Rosen-Apotheke, Am Salzhaus 3, Engel-Apotheke,
 Grosse Friedberger Strasse 44 und G. Wollersdörfer, Strass-
 burg 1. E., Melheimer Strasse 12.

Gasthaus
ZUM „HAFERKASTEN“
 Ecke Zeil und Friedberger Strasse.
 Spezial-Ausschank der
Brauerei Henninger.
 Wirtschaft Parterre und I. Stock.
 Bekannt gute, preiswerte Küche.
 Mittagessen 12—3 Uhr zu 70 Pfg. und höher.
 Frühstück und Abendessen in reicher Auswahl.

Gefährlich ist
 das Autofahren bei
Schnee und Eis.
Gefahrlos wird es, wenn Sie mit **Gronds**
 ges. gesch. Nieten fahren.
 1.) Sie haben kein Gleiten und Schleudern des
 Wagens mehr zu befürchten.
 2.) Sie brauchen keine Schneeketten mehr.
 3.) Sie sparen Geld.
 4.) Sie erhalten Ihre Auto-Reifen.
 Man verlange
 Gratisprospekte.
 Anerkennungs schreiben
 von Behörden und aus
 industriellen Kreisen.
Gleitschutzfabrik Fritz Grond
 Telegr.-Adr.: Grond, Frankfurt/Main
 Telefon: Taunus 2028.
 3179

Anzüge
Paletots
 u. **Uister**
 von feinsten Geweben
 sehr wenig getragen, prima
 Stoffe, teilweise auf Seide
 gearbeitet, in all. Größen,
 auch für Korpuslenie
 10, 12, 16, 20 Nk. und
 einzelne Hosen u. Sakko
 enorm billig, Frack-, Geh-
 rock- und Smoking-Anzüge
 sehr billig, auch leichtw. f.
 Neue Garderobe
 staunend billig!
Mandel's
 Garderoben-Haus
 Gr. Friedberger Strasse 8, 1.
 an der Constanzer Wache.

Nähmaschinen
Fahrräder
 an folgende Leute. 01180
A. Wriedt
 Mechaniker
 jetzt: Egenolfsstr. 17
 zwischen Rottebühlstr. u. Rothschildallee.
 Genossen! Genossinnen!
 Sportbillig kauft man bei mir neue
 und getragene
 Herren-, Damen- u. Kinderkleider
 Stiefel, Wäsche usw.
 Um gültige Berücksichtigung bitten
 Hugo Bollmann nebst Frau
 Bergerstr. 217. 0745
 Viele große Vorteile durch
 Sparrung d. Ladenmiete u. eig. Ver-
 teilt. d. Ware. Herren- u. Damen-
 Kleider, schwarz, blau, maroon, jede
 Größe vorrät. Hosen, Wärmehülsen,
 Wäsche, Unter- u. Oberbekleidung enorm
 bill. abgibt. Berger Str. 107, 1. Herren-
 kleiderei. Anzüge werden auch nach
 Maß mit u. ohne Stoff und. Garantie
 f. gut. Eig. billig angefertigt. 2884

Nicht nur
 Fabrikate
 der Konkurrenz,
 auch
IMMALIN
 —bekannter
 Schuhputz—
 findet man im
GROSSEN
HAUPTQUARTIER
 und das mit Recht!
 Immalin erzeugt ohne Mühe
 strahlenden Hochglanz!
 Geruchlos! Kein Abfärben!
 Allein-Fabr.-Chem.-Fabrik Eisendrath, Am b. H.
 Mettmann (Rheinland)

Frisch eingetroffen
1 Waggon
Haferflocken Pfund **55**
Grosse gelbe Erbsen
 ganz, mit Schale Pfund **55**
 NB. Diese Erbsen sind einen Tag vor der
 Zubereitung in kaltem Wasser einzuweichen.
Perlsago Pfund **50**
Ia Grünkern Pfund **68, 70**
Getrockn. Suppen-Gemüse
 mit Speck, zur Herstellung einer
 nahrhaften Suppe 1/4 Pfund **20**
S. & F.-Malzkaffee garantiert
 echt Maltz Pfund **48**
S. & F.-Kornkaffee . . . Pfund **38**
 Ohne Brotkarten:
Feinsten Schiffs-Zwieback
 (aus ausländischem Material)
 Laut Gebrauchsanweisung auf jedem Paket viel-
 seitig verwendbar zu Suppen, als
 Kindernahrung usw. 1/4 Pfund-Paket **56**
Ausländische Butter-Keks
 ganz vorzüglich im Geschmack 1/4 Pfund-Paket **40**
Frühstücks-Keks Rolle 15 d. 1/4 Pfund **25**
Tafel-Trauben 75 d.
 (in den meisten Verkaufsstellen) Pfd.
Orangen, süsse Früchte, 5 1/2 7 1/2 und 10 d.
Mandarinen, sehr süsse Stück **6**
Schade & Füllgrabe

Die Sozialdemokratie am Scheidewege
 Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung der deutschen Politik.
 Von W. R. Kolb.
 Preis 50 Pfg. Auswärts Porto 5 Pfg.
 Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.
 Großer Hirschgraben 17.

Deutscher Transportarbeiterverband
 Verwaltung Frankfurt a. M.
TODES-ANZEIGE.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser langjähriger
 treuer Kollege
Fritz Häckel
 nach kurzem Krankenlager verschieden ist. Ehre seinem
 Andenken!
 Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom
 Sterbehause in Eckenheim, Schulstrasse 21, aus statt. 3204
 Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder bei der Be-
 erdigung bittet
 D. O.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren
 Verluste unserer lieben guten Mutter, Schwiegermutter, Schwester,
 Schwägerin und Tante
Frau Elisabeth Schwerberger Wwe.
 geb. Spohr
 sagen wir allen denen, die ihr die letzte Ehre erwiesen haben, unseren
 herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Konrad Schwerberger u. Frau geb. Huber.
 (zur Zeit im Felde).
Lina Schwerberger.